

Spielplatz statt Plattenbau

Die Plattenbauten in der Salzburger Akademiestraße sind bald Geschichte. Derzeit lässt die Bundesimmobilien-Gesellschaft das letzte der in den 1960er-Jahren als Provisorium errichteten Gebäude abreißen. An dieser Stelle wird die Stadt Salzburg auf rund einem Hektar einen Spielplatz gestalten, der auch von der Praxisvolkschule der Pädagogischen Hochschule (PH) genutzt wird. Direktorin Bärbel Linsmeier: „Aus allen Klassenräumen wird man dann in die Berge blicken.“ BILD: SNIANTON PRLIC



Pflicht zur Begrünung: Letzte Justierungen für neues Gesetz

Stadt und Land arbeiten gemeinsam an einem Gesetz, um die Grünflächenzahl verpflichtend einzuführen. In der Zwischenzeit soll ein Leitfaden zu mehr Grün an und auf Gebäuden führen.

ANTON PRLIC

SALZBURG-STADT. Das Bauprojekt beim ehemaligen Bierbrunnen in der Münchner Bundesstraße ist für die Planungsabteilung der Stadt Salzburg ein Vorzeigeprojekt: Dort entstehen Geschäfte, Büros und 34 Wohnungen. Das Dach des Gebäudes ist begrünt, dort soll auch ein Kinderspielplatz gebaut werden.

Die Begrünung von Dächern und Fassaden ist für Planungsstadträtin Barbara Unterkofler (ÖVP) ein wichtiger Baustein, um den städtischen Raum auf den Klimawandel vorzubereiten. „Es ist wichtig, möglichst schnell gegenzusteuern“, sagt Unterkofler. Städte sind besonders von den steigenden Temperaturen durch den Klimawandel betroffen: Die Stadt Salzburg habe sich seit 1990 im Schnitt um sechs Grad erwärmt, sagt Stadtplanungs-Abteilungsleiter Stephan Kunze.



Mehr Grün in der Stadt. BILD: SNIINFO-Z

Ein Mittel, um gegenzusteuern, ist für die Stadt Salzburg die sogenannte Grünflächenzahl. Diese soll künftig bei jedem Bauverfahren zur Anwendung kommen. Dazu hat die Stadt Salzburg gemeinsam mit der Universität für Bodenkultur in Wien Fakto-

ren entwickelt. So soll dargestellt werden, wie grün ein Grundstück, ein Gebäude und eine Fassade sind. Um eine entsprechende Grünflächenzahl künftig bei Neubauten und Sanierungen zur Anwendung zu bringen, braucht die Stadt Salzburg ein Landesgesetz. Dazu gebe es eine Arbeitsgruppe mit der Raumordnungsabteilung des Landes. „Ein Entwurf des Gesetzes soll im Sommer kommen“, sagt Unterkofler. Raumordnungs-Landesrat Josef Schwaiger (ÖVP) sagt, dass für das Gesetz noch letzte Feinabstimmungen mit der Stadt nötig seien. „Die Stadt muss noch genaue wissenschaftliche Querverweise von der Universität Wien liefern. Das Gesetz muss ja gut erläutert sein. Und es wird auch nicht allen gefallen.“

Auch deshalb nicht, weil Begrünungen die Baukosten nach oben treiben. Deshalb sei es wichtig, frühzeitig die Begrü-

nung bei Bauprojekten einzuplanen, sagt Barbara Unterkofler. „Wenn man das von Anfang an mitplant, erhöht die Begrünung die Baukosten nur um ein bis zwei Prozent.“

Bis es entsprechende gesetzliche Vorschriften gibt, soll ein Leitfaden zur Bauwerksbegrünung viele Bauherren motivieren, bei ihrem Vorhaben an ausreichend Begrünung zu denken. Der Leitfaden wurde gemeinsam mit dem Innovationslabor Grünstattgrau erarbeitet. Das Werk liefert eine Übersicht, welche Vorschriften bezüglich Bewässerung, Brandschutz und Lastenverteilung bei Dach- und Fassadenbegrünungen beachtet werden müssen. Gerade bei der Entwässerung gebe es einiges zu beachten, sagt Elisabeth Gruchmann-Bernau vom Innovationslabor. „Wichtig ist es, rechtzeitig Fachexperten einzubinden, um eine Begrünung zu planen.“